

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Auswärtige die Poststellen entgegen. — Erscheint wochentlich. Verkaufspreis — Einschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte: Die Anzeigenpreise sind für einzelne Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklamations- und Werbefläche 20 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 2 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 233

Mittwoch, den 6. Oktober 1926

21. Jahrgang

Paneuropäische Bestrebungen.

Ein Aufruf.

Eine Konferenz von Staatsmännern und Politikern, die unter dem Vorsitz von Emil Borel, ehemaligen französischen Minister, am 2. September 1926 im Palais Cynard zu Genf stattfand, beschloß einstimmig die Konstituierung des Bundes für Europäische Verständigung sowie die Veröffentlichung des nachstehenden Manifestes, dem die Vertreter von 24 europäischen Nationen zugestimmt haben.

An die Völker Europas!

Eine der eindringlichsten Lehren des Weltkrieges und seiner Wirkungen beruht in der Erkenntnis der europäischen Völker, daß zwischen ihnen eine wahre Interessensolidarität besteht. Die innerhalb des Völkerbundes gemachten Erfahrungen haben ihrerseits das Vorhandensein einer wechselseitigen Abhängigkeit der europäischen Gebiete dargetan, einer Abhängigkeit, die auf Nachbarschaft, Austausch und Ähnlichkeit der Lebensbedingungen begründet ist.

Die verschiedenen, aus dem Völkerbundespaß hervorgegangenen Bemühungen (Schiedsgerichtverträge, das Genfer Protokoll, Schlichtung Locarno) stellen ausichtsreiche Versuche dar, das Heil Europas zu fördern.

Die Regierungen haben das Zeichen gegeben zu einer neuen Politik der Verständigung und der Verständigung. In diesem Bereiche können jedoch die Regierungen nur die Wege weisen und ebnen. Es ist die Aufgabe der Völker selbst, den auf positive Arbeit gerichteten Zusammenschluß zu verwirklichen. Nichts ist erreicht, solange sie mit ihrer Zustimmung zurückhalten und ihre Hilfe unentgeltlich ist. Schließlich muß das, was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden.

Damit eine derartige Entente zustande kommen könne, ist es unentbehrlich, zunächst zwischen den Völkern geistige Bande wechselseitigen Vertrauens zu schaffen. Aus dem Aktionsprogramm einer solchen Organisation müssen Erörterungen, die die gegenseitige Geselligkeit wieder entfachen könnten, ausgeschaltet werden. Es wird es möglich werden, gleich von Anfang an das Gefühl wirklicher Einheit auf einer festen Grundlage entstehen zu lassen und eine den gemeinsamen Interessen dienende, positive Arbeit zu eröffnen.

Zur Erreichung dieses Zieles erscheint als das geeignetste Mittel die Schaffung eines „Bundes für Europäische Verständigung“, der sich aus Landesorganisationen von mannigfacher Form (Verbände, Komitees usw.) zusammensetzen würde. Nach langen Bemühungen ist diese Organisation soeben ins Leben gerufen worden, dank der Unterstützung von Politikern, die verschiedenen Nationen und innerhalb derselben verschiedenen Parteien angehören, aber durch das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit verbunden sind.

Der Bund setzt sich im wesentlichen zum Ziel, das Verständigungswort der Regierungen zu ergänzen und deren künftige Schritte vorzubereiten, indem er auf die Völker selbst einwirkt und in ihnen das Bewußtsein ihrer Solidarität wachzurufen sich bemüht. Zu seinen Hauptaufgaben gehört demnach die Herbeiführung der europäischen Entspannung, sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die künftige politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zwecks Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen.

Der Bund beobachtet die strengste Neutralität in allen inneren Fragen politischer und sozialer Natur. Er betrachtet die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart jedes Volkes als unentbehrliche Vorbedingung aller europäischen Zusammenarbeit.

Der Bund wird, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens, aufs energischste jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus bekämpfen, der sich eines Tages gegen andere Erdteile wenden könnte. Er nimmt sich vor, die Zusammenarbeit der verschiedenen Kontinente ebenso eifrig anzustreben, wie die der europäischen Völker. Sein letztes Ziel kann nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen.

Alle diejenigen, die an der Verwirklichung der Europäischen Verständigung, sei es als Gründer einer Landesgruppe, sei es individuell, mitarbeiten wollen, werden ersucht, sich an das Generalsekretariat des Bundes unter der nachstehenden Adresse zu wenden: Berlin, Kurfürstendamm 150.

Dr. Alfred Rostig, Generalsekretär.

Edgar Mikaud, Stellvertretender Generalsekretär.

Eröffnung des Kongresses.

Wien, 3. Okt. Heute vormittag wurde der erste paneuropäische Kongress mit großer Feierlichkeit eröffnet. Der Hauptsaal des Konzerthauses, der mehrere tausend Personen faßt, war voll besetzt. Die ganze Breite der Bühne war vorn mit einem einzigen Tisch angefüllt, an dem die Hauptdelegierten der 30 europäischen Staaten saßen. Nur Rußland fehlte, dagegen waren auch die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten. Vor jedem Delegierten stand ein Stuhlchen, das Banner seines Landes. Hinten an der Wand der Bühnentafel waren die überlebensgroßen Köpfe europäischer Völker und Führer zu sehen: Kant, Nietzsche, Napoleon, Victor Hugo, Amos Comenius und Mazzini. Nach einem Orgelvorspiel wurde die paneuropäische Fahne feierlich entrollt, die auf blauem Grunde eine goldene Sonne zeigt, darin ein rotes Kreuz. Dann begrüßte der Vorsitzende der österreichischen Sektion Dr. Selpel als Präsident des Kongresses die Erschienenen. Er führte aus: Panuropa bedeute nicht, daß die Völker irgendwelche Rechte aufgeben sollten. Es wäre eine Verarmung der Menschheit, wenn die Vielheit der Kulturen beeinträchtigt würde. Aber trotz der verschiedenen Sprachen, die auf diesem Kongress zu Worte kommen würden, könne man europäisch miteinander reden, wie der französische Außenminister Briand gesagt habe. Das sage freilich voraus, daß man europäisch denke und fühle. Nur dann könne es zu einem dauernden Frieden kommen, und die Sehnsucht danach habe diesen Kongress zustande gebracht. Man hoffe dabei auf die Hilfe der katholischen Kirche und der anderen religiösen Gemeinschaften, auf den Völkerbund, der durch den Eintritt Deutschlands auf das wertvollste vervollständigt worden sei, auf die Unterstützung der Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen.

Darauf sprach der österreichische Bundeskanzler Dr. Kamel. Wunderrhetorik und Freihandel, so sagte er unter anderem, die die paneuropäische Bewegung fördern wollen, lägen auch der österreichischen Regierung ganz besonders am Herzen. Der Abgeordnete Emmerling führte aus: Gegenüber den immer feineren Organisationen der außer-europäischen Welt müsse die Weltorganisation Europa ins Unglück führen. Europa sei eine Trägerin aller Kulturen gewesen und dürfe nicht bloß Objekt der Geschichte bleiben. Auch in sozialen Beziehungen sei ein enger Zusammenschluß Europas von höchster Wichtigkeit. Dann kamen die Hauptdelegierten der Staaten in der Reihenfolge des französischen Alphabets zu Worte. Als erster, da Allomagne am Anfang steht, Reichspräsident Ebert, der sich an die Spitze der deutschen Sektion gestellt hatte. Er erinnerte an Stresemanns Aufreden bei der letzten Genfer Tagung und meinte, der Außenminister selbst habe dergleichen wohl noch vor wenigen Jahren für eine Utopie gehalten. Die Bewegung PanEuropa sei gegen niemanden gerichtet, nicht gegen Amerika, nicht gegen Asien, nicht gegen England, nicht gegen Rußland, auch nicht gegen den Völkerbund, sondern mit allen diesen wolle man freundschaftliche Nachbarschaft halten. Die Wirtschaft sei vorangegangen, viele Einzelgebiete, wie Eisen, Stahl, Wolle usw., hätten bereits ihr Pan-Europa. Die Rede Eberts fand großen Beifall. Nach ihm sprach der bulgarische Delegierte, der in bulgarischer, dann in französischer und dann in deutscher Sprache redete. Auch der spanische Delegierte sprach in einigen spanischen Worten französisch und zuletzt deutsch. Deutsch sprach auch der Delegierte Portugals und ebenso die Vertreter der Tschechoslowakei und Norwegens. Was aber besonders überraschte, war die Tatsache, daß auch der englische Delegierte Watts sich der deutschen Sprache bediente.

Die ungerechten amerikanischen Stahlzölle.

New York, 4. Okt. Das Ergebnis der Untersuchungen der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission für die Frage der amerikanischen Zölle auf deutsches Eisen ist der Regierung vorgelegt worden.

Nach amtlicher Feststellung haben die Untersuchungen ergeben, daß die amerikanischen Anti-Dumping-Akte von Deutschland nicht verletzt worden sind. Die deutschen Warenpreise ständen zwar unter den amerikanischen Inlandpreisen, sie seien aber nicht so niedrig, um eine ernste Konkurrenz für die amerikanische Ware zu sein.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über deutsche Wirtschaftspolitik.

Böln, 3. Oktober. Auf dem heutigen vierten Sitzungstage des Parteitag der Deutschen Volkspartei gab Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, einen Gesamtüberblick über die deutsche Wirtschaftspolitik. Der Minister beschäftigte sich zunächst mit der optimistischen Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage im In- und Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er betraute es als seine Aufgabe, Ueber-treibungen auf das rechte Maß zurückzuführen. Fortschritte seien gewiß festzustellen, insbesondere bei den beiden für die Konjunktur maßgebenden Faktoren, dem Kapitalmarkt und dem Absatzmarkt. Dem Wachsen des Kapitals entspreche die Senkung des Zinsfußes. Durch möglichste handelspolitische Aktivität sei es uns fernher gelungen, auf dem Auslandsmarkt stetig Terrain zu gewinnen. Auch der Auslandsmarkt sei nach dem völligen Zusammenbruch um die Wende des Jahres 1923/24 im ganzen genommen kräftig wieder erholt. Diese hellen Farben des Wirtschaftsbildes kontrastierten nun aber stark mit dunklen Tönen. Der Umfang des Außenhandels habe 1924 nur die Hälfte, 1925 nur Dreiviertel des Friedensumfanges ausgemacht. Das Jahr 1926 werde wieder einen Rückschlag bringen und wahrscheinlich nur Zweidrittel des Friedenshandels erreichen. Die Arbeitslosigkeit, die 1 1/2 Millionen unterstehende Volksgenossen in Ungewißheit, Sorge und Not halte, sei keineswegs nur eine vorübergehende Konjunktursolge, sondern die Folge weitreichender Strukturveränderungen der Weltwirtschaft und der innerdeutschen Wirtschaft. Schließlich hänge über der ganzen Wirtschaft als düstere Wolke die Reparationsfrage mit all ihrer Unsicherheit und Schwere. Aus dem weiten Gebiet der großen Aufgaben der deutschen Wirtschaft und der amtlichen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft griff der Minister vier Probleme heraus. Er nannte zunächst den Finanzausgleich und die Verwaltungsreform und erklärte, daß die beiden Probleme nach den zwingenden Darlegungen des Reichsfinanzministers für die parlamentarische Erledigung noch eine Weile zurückgestellt werden müßten. Inzwischen müßten alle Wirtschaftskreise gerade an diesen Fragen intensiv mitarbeiten. Zweitens gebe es das Problem Staat und Wirtschaft. Diese bedürfe der Vertiefung, Klärung und Lösung. Sie sei man im Grunde einig darin, daß der Staat nur die Gebiete der Wirtschaft für sich in Anspruch nehmen dürfe, auf denen die Kräfte der Privatwirtschaft versagten, und überwiegendes Allgemeininteresse eine starke Betätigung des Staates fordere. Wo der Staat tätig sein müsse, die sonst überhaupt nicht getan würden, hätten Sozietätsrechte und fiskalische Interessen keine Rolle spielen, nicht die zweckmäßigsten Organisationsformen gewählt werden. Noch wichtiger als die Frage der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand sei die Zusammenarbeit aller Wirtschaftsformen mit dem Staat. Die Berufsorganisationen mit ihrer großen Stärke und Mannigfaltigkeit würden im Reichswirtschaftsrat zu geordnetem Zusammenwirken mit dem Staat gebracht. Der endgültige Reichswirtschaftsrat werde auf diesem Grundgedanken zu bauen. Eine große Aufgabe bleibe es weiter, das rechte Verhältnis zwischen dem Staat und den organisationsbildenden Kräften der Wirtschaft auf den Gebieten der Erzeugung und des Absatzes herzustellen. Der Ausschub der behdrlichen Arbeit an der Regelung des Kulturproblems hänge mit der Wirtschaftsentw. mit der Entwicklung der internationalen Kartellierung und ihrer Erörterung auf der weltwirtschaftlichen Konferenz, sowie mit den neuen Zuständigkeiten und Fortbildungen zusammen. Die Arbeiten würden aber im Laufe des Winters wieder aufgenommen werden. Drittens: Die deutsche Handelspolitik beruhe auf der Zolltarifnovelle vom November 1925. Diese habe gelegentliche Geltung bis zum 31. Juni 1927. Wir müßten uns einschließen, ihre Geltung um zwei bis drei Jahre zu verlängern. Es sei nicht nur technisch unmöglich, die gesetzgeberische Arbeit eines solchen Wertes wie des endgültigen deutschen Zolltarifes bis zum nächsten Sommer zu leisten, es wäre auch gänzlich verfehlt, so rasch schon endgültiges schaffen zu wollen. Viertens: Alle vorhin erörterten Fragen stehen nach Auffassung des Ministers in ihrer Bedeutung zurück gegenüber der Reparationsfrage. Die Diskussion über die Durchführung des Dawesplanes und die Endlösung des Reparationsproblems sei im Ausland in vollem Gange. In Deutschland befände sich die allein fruchtbringende Methode eindringlicher Wirtschaftsuntersuchungen noch im Anfangsstadium. In diese Diskussion würden nunmehr die Verhandlungen über die wirtschaftliche Ausführung des deutsch-französischen Ausgleichsplanes von Thoisy eingeschaltet. Der Minister erklärte mit warmen Worten sein volles Einverständnis zur Thoisy-Vollteil Dr. Stresemanns, hielt es aber für seine Amtspflicht, mit nächsteren wirtschaftlichen Erwägungen zur Lösung der Aufgabe beizutragen. In diesem Zusammenhang schlug er jedoch vor, die Erörterungen auf das an sich schon ungeheure, weittragende und verwickelte Geschäft der Mobilisierung von ein bis zwei Milliarden deutscher Wirtschaftskräften zu beschränken und warte vor der Befähigung mit der gesamten Lösung der Reparations-